



## Die Demokratie ist kein Sofa!

**Perspektiven nach den  
Wahlen in Ostdeutschland**

**Mehr Demokratie für  
junge Menschen**

**UN-Zukunftsgipfel  
für Reformen**



Nach den herausfordernden Wahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg bieten wir eine Analyse der Ergebnisse sowie drei unterschiedliche Perspektiven auf die tieferen Ursachen und möglichen Lösungen an.

ab Seite 4



Junge Menschen sind skeptisch gegenüber der Demokratie und wählen zunehmend rechts. Eine wirkungsvolle Maßnahme wäre: mehr demokratische Erfahrungen und Räume dort, wo junge Menschen täglich leben.

ab Seite 16



Der Krieg eskaliert weiter und ein Frieden scheint zwischen Israel und Palästina unmöglich. Doch die Friedensbewegung zeigt neue Perspektiven der Versöhnung auf.

ab Seite 52

## Inhalt

### Nach der Wahl

- 4 Analyse der Wahlen
- 6 Über das Zusammenwirken von Politik und Gesellschaft
- 10 Drei Wahlen, drei Ergebnisse - eine Zäsur?
- 13 Leipziger Erklärung
- 14 Wie weiter nach den Landtagswahlen?

### Mehr Demokratie für junge Menschen

- 16 Impulstext
- 22 Schulinitiative zur EU-Wahl
- 24 Fitness für Demokratie

### Evaluation von Bürgerräten

- 28 Bürgerrat Ernährung im Wandel
- 32 33 Demokraten - Gemälde
- 34 Guter Rat für Rückverteilung

### Bürgerbeteiligung

- 38 Abbau von Bürgerbeteiligung in Bayern?
- 40 Der kommunale Bürgerentscheid

### Bürgerräte und direkte Demokratie

- 42 Tempelhofer Feld: Bürgerrat contra Volksentscheid?

### Bundesverfassungsgericht

- 44 Urteil zur Fünf-Prozent-Klage von Mehr Demokratie

### Neue Ideen - Demokratie weiterdenken

- 46 Die Vision einer Bürgerdemokratie

### UN-Zukunftsgipfel

- 49 Für eine zweite Charta der UN

### Demokratie und Frieden

- 52 Neustart der israelischen Friedensbewegung
- 56 Was befürchtet Israel von Palästina?

### Rezension

- 58 Das gemeinwohliche Europa

### MD intern

- 60 Ländertelegramm

### Demokratischer Spruch

- 62 Yogi Bahjan

Liebe Leserinnen und Leser,

### **Es wird nicht einfacher**

Während ich diese Zeilen schreibe (Ende September), spitzt sich die Lage im Nahen Osten zu. Wenn Sie diese Zeitschrift in den Händen halten, wer weiß, wo wir dann stehen. Eine Deeskalation scheint kaum noch möglich. Welche Kräfte können hier noch mildernd Einfluss nehmen? Welcher Schmerz verursacht Schmerz?

Währenddessen diskutieren wir unsere Wahlergebnisse und deren Auswirkungen. In drei Bundesländern ordnet sich die Wählerschaft mehrheitlich rechts ein. Die Mitte wird dünner, Links bedeutungslos. Und Österreich schließt sich gleich an. Was ist hier eigentlich los? Dazu werden Sie unterschiedliche Einschätzungen in diesem Heft finden.

Was es jetzt braucht? Mut! Mut hinzuhören. Mut hinzuschauen. Mut hinzugehen. Dahin, wo es unangenehm ist. Nicht die unterschiedlichen Meinungen sind das Problem, sondern das fehlende Interesse daran, was hinter den Meinungen eigentlich ungehört und ungesehen bleibt. Je fremder wir einander werden, desto größer muss das Interesse am anderen werden, sonst zerbricht das, was uns zusammenhält.

Die Kräfte, die Frieden bringen können, stecken in jedem von uns. Wir können respektieren, dass der andere anders ist und gute Gründe dafür haben kann. Zweitens können wir unseren Kontakt intensivieren und Beziehungen herstellen. Drittens müssen wir die tieferen Bedürfnisse des anderen hinter seinen Meinungen erkennen und die Gemeinsamkeiten herausbilden.

Demokratie bedeutet, alles zu umfassen, was sich darin zeigt. Eine Demokratin zu werden bedeutet für mich, auch all das in sich zu vereinen, was nicht die eigene Position ist, um dann für sich die Mitte zu finden und nach Außen vermitteln zu können.

Herzlich grüßt Sie



Ihre Claudine Nierth  
Bundesvorstandssprecherin



Claudine Nierth,  
Bundesvorstandssprecherin  
von Mehr Demokratie

**Demokratie ist ein bisschen wie  
Gott. Wenn man nicht dran glaubt,  
gibt es sie auch nicht.**

**Sarah Bosetti**

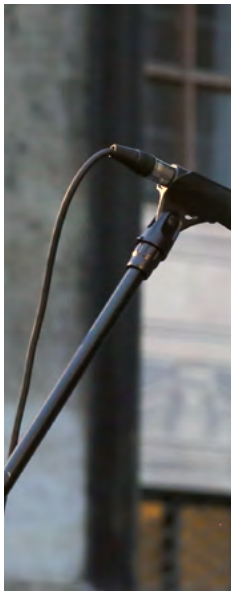


# Mehr Demokratie für junge Menschen!

Ein Impulstext zur demokratischen Bildung - von Dieter Halbach

**D**ie Holocaustüberlebende Charlotte Knobloch ist 91 Jahre alt, sie war Vorsitzende des Zentralrats der Juden und ist bis heute Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde. Sie hat ihr Leben lang gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus gekämpft.

Auf die Frage nach einem AfD-Verbot sagte Knobloch in einem *ZEIT*-Interview: Nein, das könne leicht nach hinten losgehen. Aber was dann? Bildung, sagt Knobloch. Gerade die Jungen müssten lernen, echte Demokraten zu sein, es gebe doch so viele tolle junge Menschen im Land. Aber warum haben dann gerade die Jung- und Erstwählerinnen und -wähler im Osten die AfD gewählt? Nun, offenbar würden sie nicht erkennen, dass sie die AfD in eine dunkle Zukunft führe. Es sind Momente, in denen das Gespräch zu versiegen droht, Knobloch wirkt überwältigt. Ich kann nur noch sehr wenig ausrichten, sagt sie dann. (*ZEIT*, 4.9.24)



Charlotte Knobloch spricht am 9. Oktober 2023 in München auf einer Solidaritätsdemonstration für Israel.

Foto: Henning Schlottmann/  
Wiki Commons



Foto: LightField Studios/Shutterstock



Wie aber lernen junge Menschen „echte Demokraten“ zu sein? Die aktuelle Sinus-Jugendstudie hat das Verhältnis junger Menschen zur Demokratie untersucht.<sup>1</sup> Darin heißt es: „Die 14- bis 17-Jährigen sind besorgter denn je. Die Vielzahl von Krisen und Problemen wie Kriege, Energieknappheit, Inflation oder Klimawandel, die sich mitunter überlagern und verstärken, stimmt die Jugendlichen in ihrem Allgemeinbefinden ernster und besorgter denn je.“ Das Vertrauen in die Lösungskompetenzen der Politik hat sich stark verringert. Geht es um Politik, haben junge Menschen mitunter eine „delegative Grundhaltung“ und fremdeln. Viele junge Menschen trauen den politisch Verantwortlichen keine Lösungskompetenz zu. Ein 16-jähriger Befragter sagt dazu: „Politik

1 [www.sinus-institut.de/media-center/studien/wie-ticken-jugendliche-2024](http://www.sinus-institut.de/media-center/studien/wie-ticken-jugendliche-2024) ►

macht nichts, um Probleme zu lösen [...] ein bisschen realitätsfern manchmal, würde ich sagen.“ Es gibt also durchaus eine gewisse Skepsis gegenüber etablierten Parteien. Grundsätzlich verweise das Wahlverhalten junger Menschen aber keineswegs auf ein rechtsextremes Weltbild.

Ganz im Gegenteil: Die Ergebnisse legen nahe, dass Menschen zwischen 14 und 17 Jahren großen Wert auf humanistische Werte sowie Freiheit von Diskriminierung und Rassismus legen. Doch politisch engagieren wollen sich die wenigsten. „Hauptgründe für die Distanz zu politischen Themen und Beteiligungsformen sind die gefühlte Einflusslosigkeit und die als gering empfundene persönliche Kompetenz.

Bei den 14- bis 17-Jährigen sieht die Forschung eine große Sehnsucht nach Zugehörigkeit, Halt und Geborgenheit. Weltweit zeigt fast jedes vierte Kind psychische Auffälligkeiten. Man sei in „eine gefährliche Phase“ eingetreten, jetzt sei womöglich „unsere letzte Chance, aktiv zu werden“, heißt es in einem Report, veröffentlicht in *Lancet Psychiatry*. Er gleicht einem Brandbrief, gerichtet an alle, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben. Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina schlägt nun vor, als Schutzstrategie die Selbstregulationskompetenz bei jungen Menschen zu stärken. So könnten sie lernen besser mit psychischen und körperlichen Problemen, Zukunftsängsten und Schulschwierigkeiten, aber auch gesellschaftlichen Krisen und Kriegen umzugehen.

Die Traumatherapeutin Dami Charf erklärt: Selbstregulation ist eine der wichtigsten Grundfertigkeiten in unserem Leben. **Eine gute Selbstregulation bedeutet:**

- dass Emotionen uns nicht überrollen, sondern dass wir deren Stärke regulieren können.
- dass wir nicht ständig grübeln über Dinge, die schiefgelaufen sind.
- dass wir uns die Meinung von jemandem anhören können, ohne darauf gleich emotional zu reagieren oder uns angegriffen zu fühlen.
- dass wir eine Pause zwischen Reiz und Reaktion machen - also erst einmal Luft holen, nachdenken und spüren können.
- wählen zu können, ob wir uns wohl in unserer Haut fühlen und grundsätzlich Neugier und Freude auf und über unser Leben empfinden.

Vor einem Jahr hat das Bundesfamilienministerium dafür ein Modellprojekt gestartet und mit zehn Millionen Euro ausgestattet. 80 *Mental Health Coaches*<sup>2</sup> sind an Schulen bundesweit im Einsatz, um die Jugendlichen zu unterstützen. Es wird von der Universität Leipzig wissenschaftlich

<sup>2</sup> <https://www.mental-health-coaches.de/>

## Selbstregulation als bildungspolitische Leitperspektive

Die Leopoldina will dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche besser gegen psychische Krisen gewappnet sind. In ihrer Stellungnahme heißt es: „Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Gesellschaft und wie die psychologische und neurowissenschaftliche Forschung der letzten Jahre zeigt, sind ihre Selbstregulationskompetenzen von entscheidender Bedeutung für ihr Wohlergehen und ihre Entfaltungsmöglichkeiten, insbesondere für ihre psychische und körperliche Gesundheit, Bildung und soziale Teilhabe. Wegen der zentralen Bedeutung der Selbstregulationskompetenzen für das Wohlergehen und die Entfaltungsmöglichkeiten junger Menschen, empfiehlt diese Stellungnahme, deren Förderung zu einer weiteren Leitperspektive des deutschen Bildungssystems zu machen.“

Jörg Fegert ist Mitglied der Leopoldina und Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Ulm. Er betont, dass gerade die emotionale Selbstregulation bei Heranwachsenden sehr wichtig sei. Dadurch lernten sie, mit Scheitern umzugehen und passende Ziele für sich zu finden. Herta Flor vom Zentralinstitut für Seelische Gesundheit in Mannheim sagt: „Wer sich selbst regulieren kann, kann auch leichter selbst etwas bestimmen und auf seine Umgebung einwirken. Für Kinder und Jugendliche ist dieses Gefühl der Selbstwirksamkeit besonders wichtig, da sie vielen verschiedenen Herausforderungen ausgesetzt sind.“ Ulrich Trautwein, Bildungsforscher an der Uni Tübingen erklärt, dass es in 95 Prozent der Schulen wenig Bereitschaft gebe, selbstreguliertes Lernen umzusetzen. Denn dafür braucht es Veränderungen und Anpassungen, zum Beispiel auch im Unterrichtsstil der Lehrkräfte. Nicht zuletzt bräuchten auch die Fachkräfte in Kitas und Schulen, die Kinder bei der Ausbildung der schützenden Selbstregulationskräfte unterstützen könnten, entsprechende Aus- und Weiterbildung.



Förderung der Selbstregulationskompetenzen von Kindern und Jugendlichen an Kindertageseinrichtungen und Schulen

betreut. Der Psychologe Julian Schmitz leitet die Untersuchung und berichtet: „90 Prozent aller Beteiligten wünschen sich eine Weiterführung des Programms. Diese Themen - mentale Gesundheit, Resilienz, Stressbewältigung -, das sind genau die Themen, die auch die jungen Menschen mitbringen.“

### Die Kinder- und Jugendberichte

Auch der **16. Kinder- und Jugendbericht**<sup>3</sup> an die Bundesregierung „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ vom November 2020 sieht demokratische Bildung als „Aneignungsprozess politischer Selbstbildung“, der schon in der Familie und in der Schule stattfindet. Die Expertenkommission schlägt u.a. vor, Kitas zu „Kinderstuben der Demokratie“ zu machen. Auf der Webseite des Jugend- und Familienministeriums findet sich ein inspirierender Text.

#### Wie Beteiligung Freude an Demokratie ermöglicht

*„Politische Bildung muss mit politischer Beteiligung Hand in Hand gehen. Denn nur wer wirklich beteiligt wird, kann sich für Demokratie begeistern und fühlt sich gehört und gesehen. Wissen will auch umgesetzt werden. Kinder und Jugendliche sollen ihre sozialen Räume mitgestalten und über Konflikte und Probleme mitentscheiden können.“*

### Demokratie und Schule

Die vorhandenen Studien kommen zu dem Ergebnis, dass im Unterricht partizipative Formen nur eingeschränkt vorkommen. 68 Prozent der befragten Schülerinnen und Schüler sind laut einer Studie „der Auffassung, den Unterricht so hinnehmen zu müssen, wie er ist, d. h., dass gut 2/3 der Schülerschaft ihren Unterricht als unbeeinflussbar ansieht.“ (Schmidt, u.a., S. 111).<sup>4</sup>

Hans Brügelmann war bis 2012 Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Siegen und arbeitet jetzt als freier Bildungsjournalist. Als Resultat aus der Auswertung zahlreicher Studien stellt Brügelmann fest: „Trotz der in der Didaktik immer wieder erhobenen Forderungen nach einer Öffnung des Unterrichts ist die Selbst- und Mitbestimmung von Inhalten und Aufgaben also bis heute die Ausnahme in der Grundschulpraxis.“ (ebd., S. 26)<sup>5</sup>. In Bezug auf die Grundschule versteht Brügelmann dabei Mitwirkung als ein „Zulassen und Fördern von Beziehungen zwi-

schen den in der Schule miteinander lebenden Menschen im Sinne einer wechselseitigen Aufmerksamkeit für Gefühle, persönliche Bedürfnisse und Schwierigkeiten“ sowie die „Anerkennung von (politischer) Mitwirkung“ (ebd., S. 19).

In der schulpädagogischen Forschung haben sich vor allem Dr. Ralf Bohnsack (Professor a.D. FU Berlin)<sup>6</sup> und Werner Helsper (Erziehungswissenschaftler, ehem. Hochschullehrer)<sup>7</sup> mit der Frage beschäftigt, wie Schülerinnen und Schüler die Schule erleben. Sichtbar wird hier, dass Schulen zuweilen zu einem eher instrumentellen Verständnis von Schülerbeteiligung neigen. Aus der Perspektive der Schülerinnen und Schüler ergibt sich deshalb nicht selten ein ziemlich erbärmliches Bild von Beteiligungsmöglichkeiten. Helsper unterscheidet fünf dominante Wahrnehmungsmuster:

- *verordnete Autonomie*, bei der Schülerinnen und Schüler gegen ihre eigenen Interessen zum Mitmachen bei Partizipationsangeboten gezwungen werden;
- *simulierte Partizipation*, welche Beteiligung verspricht, aber real nicht verwirklicht;
- *disziplinierende Beteiligung*, die die Selbstgestaltung nur zulässt, sofern sie konform zu den Erwartungen der Schule abläuft;
- *instrumentelle Beteiligung*, die nur der Imagebildung der Schule dient;
- und *kontrollförmige Autonomie*, bei der Schülerinnen und Schüler als Kontrolleure bzw. Gegenkräfte gegen missliebige Mitschülerinnen und Mitschüler fungieren sollen.

In eine Demokratie dieser Bauart setzen Schülerinnen und Schüler verständlicherweise keine großen Hoffnungen.

### Handlungsempfehlungen

Der Bericht kommt in der Auswertung aller vorhandenen Studien zu einer Reihe interessanter Empfehlungen. Für das Unterrichtsfach **politische Bildung** fordert er: „Demokratiebildung ist in der gesamten Lehramtsausbildung zu stärken. Wenn politische und demokratische Bildung wirklich als Querschnittsaufgabe der Schule verstanden werden soll, darf keine angehende Lehrperson die Hochschule verlassen, ohne auf diese Aufgabe vorbereitet zu sein.“

Wirklich neu und emanzipatorisch gedacht sind die Empfehlungen zur **Demokratie als Lernerfahrung**: „Ein solcher Prozess kann nicht dem Engagement einzelner Schulen oder Lehrkräfte überlassen werden, sondern muss integraler Bestandteil des Selbstverständnisses der Schule und aller dort tätigen Akteurinnen und Akteure sein. [...] Die Schule sollte sich stärker als bisher als ein Teil des demokratischen Sozi-

3 [www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/16-kinder-und-jugendbericht-162238](http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/16-kinder-und-jugendbericht-162238)

4 Schmidt u.a.: Partizipation im Unterricht – Zur Differenz von Erfahrung und Ideal partizipativer Verhältnisse im Unterricht und deren Verarbeitung.

5 Hans Brügelmann: Grundschule als demokratischer Lern- und Lebensraum.

6 Fritz Bohnsack: Wie Schüler die Schule erleben. Zur Bedeutung der Anerkennung, der Bestätigung und der Akzeptanz von Schwäche. Opladen 2013.

7 Helsper, W. (2001). Schülerpartizipation und Schulkultur - Bestimmungen im Horizont schulischer Anerkennungsverhältnisse. ►

alraumes verstehen, sich dort engagieren und deutlicher als bisher geschehen nach innen und außen öffnen. Hierzu gehört es auch, verstärkt Konzepte für ein Lernen durch Engagement und Aktion (in Kooperation mit außerschulischen Partnern) in die Schule zu integrieren.“ (siehe auch Artikel „Demokratie von Anfang an“ in Magazin 04.2021)

Der gerade veröffentlichte **17. Kinder- und Jugendbericht**<sup>8</sup> macht deutlich: Die heutige junge Generation ist die diverseste, die es je gab. Allen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen gemein ist jedoch das Bedürfnis nach

Orientierung und Sicherheit - das ist in der aktuellen dynamischen und unsicheren Zeit besonders wichtig. Die Kernbotschaft des Berichts lautet entsprechend: Zuversicht braucht Vertrauen!

Und auch im 17. Kinder- und Jugendbericht bekommt die Politik schlechte Noten. Kinder und Jugendliche fühlen sich oft nicht gehört, sagt Kommissionsvorsitzende Karin Böllert von der Universität Münster: „Junge Menschen empfinden politische Entscheidungsprozesse als intransparent, als jugendfern. Hier würden sie gerne mehr Mitsprachemöglichkeiten haben, verbunden mit verbrieften Rechten auch ihre eigene Lebenssituation mitgestalten zu können.“ Bei der Übergabe des Berichtes am 18.09.24 reagierte Ministerin Paus darauf: „Wenn junge Menschen

<sup>8</sup> <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/17-kinder-und-jugendbericht-244628>

## Schule und demokratische Bildung

Der **16. Kinder- und Jugendbericht** attestiert der Schule in allen Bereichen politischer Bildung Defizite. Soll Schule im Zusammenspiel mit anderen Bildungsinstitutionen zur Sicherung, Verteidigung und Entwicklung unseres demokratischen Systems beitragen, bedarf es einer stärkeren Verankerung politischer Bildung in allen Schulstufen und auf allen Ebenen.

Der Bericht empfiehlt daher unter anderem die Sicherstellung einer Mindeststundenzahl von zwei Wochenstunden in allen weiterführenden Schularten sowie eine Revision der inhaltlichen Bildungsvorgaben.

Die Schule ist aber nicht nur ein zentraler Ort des Lernens, sondern auch des alltäglichen Lebens. Politische Bildung in und an der Schule ist daher nicht allein auf ein Unterrichtsfach beschränkt, sondern es geht maßgeblich auch um eine demokratische Schulkultur, einschließlich einer wirksamen Mitbestimmung durch die Schülerinnen und Schüler. Neben rechtlichen Verbesserungen könnten die Schülervertretungen von außer-

schulischen Bildungsträgern unterstützt werden, etwa mit Seminaren und Coachings.

Der Bericht macht sich darüber hinaus für eine systematische Verankerung der politischen Bildung im Ganztags stark. Die Potenziale politischer Bildung im Ganztags könnten durch eine verstärkte Kooperation zwischen außerschulischen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe sowie Schulen noch besser ausgeschöpft werden und es bietet sich die Möglichkeit, auch außerhalb des Unterrichts demokratische Werte und demokratische Prozesse erfahrbar zu machen.

Prof. Dr. Christian Palentien,  
Vorsitzender der  
Sachverständigenkommission

## Zuversicht braucht Vertrauen!

Der **17. Kinder- und Jugendbericht** legt seinen Schwerpunkt auf die vorherrschende Verunsicherung der jungen Menschen und die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe. Er stellt fest: Bei aller Vielfalt haben junge Menschen eines gemeinsam: Für gutes Aufwachsen benötigen sie Orientierung und Sicherheit. Das ist gerade in der aktuellen dynamischen und unsicheren Zeit besonders wichtig. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene stehen vor komplexen Herausforderungen, vor allem durch eine alternde Gesellschaft, globale Fluchtmigration, den Verlust der vermeintlichen Selbstverständlichkeit von Frieden in Europa, eine Demokratie unter Druck, den Klimawandel, zunehmende Digitalisierung und Mediatisierung und die Nachwirkungen der Pandemie. Wie stark junge Menschen von diesen Entwicklungen betroffen sind, unterscheidet sich sehr - je nachdem, unter welchen Bedingungen und mit welchen Zugehörigkeiten und Zuschreibungen sie aufwachsen. Der Bericht zeigt aber auch: Das Zukunftsvertrauen ist insgesamt gesunken.



## BEISPIEL FÜR ERPROBTE MODELLE

Es gibt seit langem demokratische und gut erforschte Schulmodelle. Die Laborschule Bielefeld ist eine von ihnen und existiert bereits seit 50 Jahren.

Ihre Leitidee: „Leben und Lernen sollen, soweit dies möglich und sinnvoll ist, eng aufeinander bezogen sein. Der Unterricht folgt dem Prinzip, Lernen an und aus der Erfahrung (und nicht primär aus Belehrung) zu ermöglichen. Darüber hinaus versteht die Schule sich als In-die-Stadt-hinein-Schule, die die nähere und weitere Umgebung, die Natur, die Kommune, die Region als Lernmöglichkeiten in ihre Arbeit einbezieht.“

Die Schule ist staatlich finanziert, hat aber für ihre 700 Schülerinnen und Schüler 16 Lehrstellen mehr im Vergleich zu regulären Schulen dieser Größe. Dabei ist die Laborschule keine Eliteschule: „Die Schülerschaft ist eine Art Klein-Bielefeld – penibel zusammengesetzt nach einem Schlüssel, der ungefähr der Stadtbevölkerung entspricht, vom Bildungsbürger bis zum Arbeitermilieu. Die jüngeren Kinder werden morgens aus abgelegenen Stadtteilen von eigenen Bussen abgeholt. Und dann ist da natürlich die große Autonomie, die Befreiung von staatlichen Vorgaben wie Vergleichsarbeiten und Prüfungsrichtlinien. So entsteht eine Schule, die trotz all der Experimente seit 50 Jahren an ihren pädagogischen Überzeugungen festhalten kann.“ (ZEIT, 28. August 2024)

Demokratie üben ist das Ziel: „Die Schule versteht sich zugleich als Gemeinschaft aller in ihr tätigen Personen, die einander in ihrer Unterschiedlichkeit akzeptieren und achten. Solches Lernen geschieht durch Verantwortung und Beteiligung. In dieser „Gesellschaft im Kleinen“ lernen die Einzelnen, für übernommene Aufgaben und zunehmend auch für den eigenen Lernweg verantwortlich einzustehen.“ Ein Grundsatz der Laborschule heißt: „DIE MENSCHEN STÄRKEN, DIE SACHEN KLÄREN.“

[www.laborschule-bielefeld.de](http://www.laborschule-bielefeld.de)

Dies ist nur ein erfolgreiches Einzelbeispiel. Es gibt weitere Hoffnungsfunken: Klassenräte und Schülerinnen-Parlamente an einigen staatlichen Schulen, Demokratie-Projekte mit engagierten einzelnen Lehrerinnen, aber auch umfassende Ansätze wie das AULA-Konzept: Ideenfindung, Diskussion und Abstimmung werden mit Hilfe von AULA in den Schulalltag integriert.

[www.aula.de](http://www.aula.de)

nicht mitbestimmen können und wenn ihre Bedürfnisse bei Entscheidungen anscheinend kein Gewicht haben, dann verstößt das nicht nur gegen ihre Rechte, sondern erschüttert auch ihr Vertrauen in die Politik und demokratische Prozesse“, so die Ministerin. Und es mache sie anfällig für populistische Versprechungen. Ihr Haus arbeite deshalb an einem Nationalen Aktionsplan ([tagesschau.de](http://tagesschau.de), 18.09.24).

Doch diese Erkenntnisse und Debatten beeinflussen den Alltag von Jugendlichen wenig. Wie erreichen wir möglichst schnell eine wirkliche Demokratisierung der Bildungsinstitutionen?

### Ein persönlicher Ausblick

Ich möchte mit einem persönlichen Erlebnis schließen, an das ich mich noch jetzt mit 71 Jahren lebhaft erinnere. Ich war 18 Jahre alt und verstand mich als engagierter junger Hippie, der die Welt verändern wollte. Im Politikunterricht wurde „Demokratie“ durchgenommen und ich zeigte meine Ablehnung durch Desinteresse. Mein Politiklehrer kam auf mich zu und sagte zu mir: „Sie können die Demokratie doch nicht ablehnen, ohne sie verstanden zu haben!“ Doch sein Appell lief ins Leere. Es gab an unserer Schule keine Beteiligung, es gab kein Aufgreifen unserer Impulse, die ja durchaus vorhanden waren. Demokratie stand also für mich für die alte Welt, die alten Lehrer, für die Langeweile. Aber es war keine Ablehnung der Demokratie, es war ein Mangel an Demokratie! Sie interessierte mich einfach nicht, weil sie nichts mit meinem Leben zu tun hatte. Dieses Grundgefühl gilt es zu ändern.

Demokratie ist nicht etwas, dass uns von außen verordnet werden muss, sie ist in uns als Beziehungswesen angelegt. Wenn es frühzeitig Raum dafür gibt. Denn jeder Mensch möchte gehört werden. Wenn er nicht gehört wird, wird er stumm oder fängt an zu brüllen. Die Folgen sehen wir gerade in unserer gespaltenen Gesellschaft.

Demokratie gehört an jede Schule. Als ein Ort, wo Kommunikation, Körperbewusstsein, Einzigartigkeit und Unterschiedlichkeit erfahren werden – so könnte die unantastbare Würde jedes Menschen aus dem Grundgesetz schon früh zur gemeinsamen Praxis werden.

An diesem Ort kann die Zukunft unserer Demokratie entstehen. /



**Dieter Halbach**  
Redakteur des demokratie-  
Magazins.

GUTER

RAT für  
Rückverteilung

GUTER RAT  
GUTER RAT  
GUTER RAT  
GUTER RAT  
GUTER RAT



# Funktioniert eine private Initiative? Der Gute Rat für Rückverteilung

Eine Evaluation von Daniela Ingruber

Eine junge Frau erbt mehr als die meisten Menschen in einem langen Leben verdienen können. Sie empfindet dieses Privileg als ungerecht. Das Geld zu behalten, widerspricht ihrem Verständnis von einem demokratischen Miteinander. So entschließt sie sich zum Weggeben des Geldes, ohne es einfach zu spenden. Stattdessen will sie es an die Gesellschaft „zurückgeben“. Schließlich entsteht die Idee eines Bürgerrats, der entscheiden soll, was mit dem Geld geschieht: der *Gute Rat für Rückverteilung*<sup>1</sup>.

Damit tritt Marlene Engelhorn eine Lawine an Reaktionen los, die in zahlreichen Medienberichten sowie Social-Media-Kanälen nachzulesen sind. Die Meinungen liegen zwischen Begeisterung, Anerkennung und tiefem Hass. Reden wir darüber, was beim Guten Rat geschehen ist.

## Die Voraussetzungen - einige Besonderheiten

Dass ein nicht von einem Parlament oder einer Regierung eingesetzter Bürgerrat etwas anders gestaltet werden muss, liegt auf der Hand, denn die Grundbedingungen sind andere.

Erster Punkt: Es gab ausreichend Geld, um nicht überlegen zu müssen, ob man rasch eine weitere Expertin oder einen zusätzlichen Moderator braucht. Man konnte es den Ratsmitgliedern gemütlich machen, sie für ihren Aufwand finanziell großzügig entschädigen und damit dafür sorgen, dass sie sich diese Zeit auch wirklich nehmen konnten.

Der wichtige Unterschied zu anderen Bürgerräten war: Niemand musste etwas opfern. Man konnte 25 Millionen Euro verteilen, ohne sich überlegen zu müssen, wem man etwas wegnehmen muss, um alle halbwegs zufriedenzustellen. Harte Verhandlungen und Diskussionen unter den Rätinnen und Räten entstanden trotzdem. Das gehört zu einem Bürgerrat dazu.

Auch das Team machte Erfahrungen, die man von Bürgerräten nicht unbedingt kennt. Da konkrete Beschlüsse gefasst wurden, welche Initiativen Geld bekommen sollten, brauchte es ein System zur Festlegung gewisser Kriterien

für die Auswahl, zum Beispiel wofür sie arbeiten, wie sie strukturiert sind, ob sie ihre Einkünfte öffentlich machen. Diese Formulare mussten gestaltet werden. Manche Elemente, die man brauchte, wurden erst im laufenden Prozess klar.

Der größte Unterschied führt zurück zum Umstand der Privatinitiative. Der Bürgerrat konnte Entscheidungen treffen, nicht nur Empfehlungen geben. Somit entfiel ein häufiges Problem von Bürgerräten: die Enttäuschung, monatelang gearbeitet zu haben, und das Parlament (oder wer auch immer) beschäftigt sich dann nicht ernsthaft mit den Ergebnissen. Marlene Engelhorn ermöglichte, dass nach Ende des Bürgerrats in Absprache mit den ausgewählten Initiativen (es waren schließlich 77) mit der Geldverteilung begonnen werden konnte.

## Die Ratsstruktur - alles beim Alten

Der Gute Rat für Rückverteilung fand schließlich an sechs Wochenenden zwischen März und Juni 2024 statt. Gearbeitet wurde jeweils von Samstag 13 Uhr bis Sonntag 15 Uhr, Abendschichten inklusive. Von den üblichen Plenarsitzungen, den Kleingruppen (in diesem Fall Handlungsfelder zu den Themen Bildung und Medien, Raum und Wohnen, Teilhabe und Rechte, Umwelt und Klima, Gesundheit und Soziales sowie Wirtschaftspolitik und Überreichtum) bis zu verschiedenen partizipatorischen Elementen wurde alles durchgeführt, was man von einem Bürgerrat erwarten würde. Auch wurden „Marktplätze“ veranstaltet, bei denen man die Ergebnisse anderer Gruppen kommentieren und Änderungsvorschläge einbringen konnte.

Man wusste, dass die Zusammensetzung der Ratsmitglieder bei einer privaten Initiative besonders streng begütert werden würde. Deshalb wurde das Beratungs- und Forschungsinstitut *Foresight Research* beauftragt, aus den Daten der *Statistik Austria* die Auswahl zu treffen. Dabei wurde darauf geachtet, dass Personengruppen, die sich normalerweise weniger zu Partizipation melden, im korrekten Prozentsatz gegenüber der Gesamtgesellschaft vertreten waren.

<sup>1</sup> <https://guterrat.info/>

Der Andrang war riesig: Statt den üblichen fünf Prozent Rückmeldungen waren es 14,2 Prozent: 1.424 von 10.000 eingeladenen Personen. Um ein Mini-Österreich zu erreichen, wurden Kriterien und Merkmale festgelegt<sup>2</sup>. Schließlich wählte man 50 Ratsmitglieder aus und erreichte eine Abweichung von nur 1,5 Prozent gegenüber der österreichischen Wohnbevölkerung. Somit war eine Basis gegeben, die mit Interaktion gefüllt werden musste. Dafür waren die Moderatorinnen und Moderatoren zuständig. Wie bei anderen Bürgerräten standen Expertinnen und Experten mit ihrem Wissen einerseits im Plenum, andererseits in den Handlungsfeldern zur Verfügung. Man konnte zusätzlichen Input einholen und sich beraten lassen.

Und Marlene Engelhorn? Sie gab den Auftrag und zog sich dann zurück. An die Rätinnen und Räte stellte sie wenige Bedingungen: Das Geld durfte „nicht an Gruppen, Personen oder Aktivitäten fließen, die verfassungswidrig, lebensfeindlich oder menschenverachtend sind“. Auch profitorientierte Organisationen waren ausgeschlossen. Der Rat durfte weder eine Partei gründen, noch eine bestehende finanzieren. Die Rätinnen und Räte durften das Geld logischerweise nicht sich selbst oder ihnen nahestehenden Personen auszahlen. Abgesehen davon waren sie frei, darüber zu entscheiden, was sie für richtig hielten.

### **Eine Evaluation - für die Transparenz**

Ein privat organisierter und finanzierter Bürgerrat braucht verpflichtend keine Evaluation. Für den Guten Rat für Rückverteilung wurde dennoch beschlossen, eine in Auftrag zu geben zwecks Transparenz und Lerneffekt. Eine Abschlussstudie ist derzeit in Arbeit, *Foresight* führte Interviews mit den Ratsmitgliedern und machte eine Umfrage unter ihnen sowie einer Vergleichsgruppe in der österreichischen Bevölkerung. Parallel dazu entschied man sich für eine Storytelling-Evaluation. Jede Bürgerbeteiligung braucht das genaue Hinhören und Hinsehen. Diese Elemente wurden für die Evaluation übernommen, indem Beobachtungen sehr genau notiert, informelle Gespräche mit den Ratsmitgliedern und ausführliche Interviews mit dem Team geführt wurden.

Zu einer solchen Form gehört auch, dass man etwaige Fehler nicht erst rückmeldet, wenn niemand mehr etwas davon hat. So gab es zwischen den Ratswochenenden und auch vor Ort Rückmeldungen, um sie gleich berücksichtigen zu können. Hauptthemen der Evaluation waren die

Form der Wissensvermittlung, die Begleitung durch das Moderationsteam, die generelle Organisation sowie der konkrete Ablauf der Entscheidungsfindung und Abstimmungen. Zudem wurde eine relativ einfache Sprache gewählt, um die fertige Evaluation nicht nur einem wissenschaftlichen Publikum zur Verfügung zu stellen<sup>3</sup>.

### **Beobachtungen der Evaluation**

Das Ergebnis des Guten Rats war, dass das Geld verteilt und zu jedem Handlungsfeld Botschaften an die Gesellschaft und die Politik formuliert wurden. Hier ähnelt der Gute Rat jedem anderen Bürgerrat: Was sich daraus entwickelt, liegt nicht mehr in den Händen der Ratsmitglieder.

Die 50 Mitglieder arbeiteten mit viel Enthusiasmus und Verantwortungsbewusstsein zusammen. Zuweilen gab es kleine Krisen zwischen den Ratsmitgliedern oder Kritik an der Organisation bzw. Moderation. Alles andere wäre über-

**Der Bürgerrat konnte Entscheidungen treffen, nicht nur Empfehlungen geben. Somit entfiel ein häufiges Problem von Bürgerräten: die Enttäuschung, monatelang gearbeitet zu haben, und das Parlament (oder wer auch immer) beschäftigt sich dann nicht ernsthaft mit den Ergebnissen.**

raschend gewesen, denn Frustration, aber auch Leidenschaft und Freude gehören zu jedem partizipativen Prozess.

Das Team agierte professionell, ruhig und aufmerksam ebenso wie achtsam. Zuweilen wirkte der Gute Rat geradezu idyllisch, auch wenn nicht jede zwischenmenschliche oder inhaltliche Auseinandersetzung transformiert werden konnte. Man bemühte sich allerdings sichtlich darum. Der Umstand, dass einige im Moderationsteam einander aus früheren Zusammenarbeiten kannten, war ebenso hilfreich, wie es notwendig war, neue Moderatorinnen und Moderatoren, vor allem mit migrantischem Hintergrund, ins Team zu holen.

<sup>2</sup> <https://www.foresight.at/news/guter-rat-fuer-rueckverteilung>

<sup>3</sup> <https://guterrat.info/evaluation/>

Ungewohnt für die Moderation war ein Umstand, der den Guten Rat zugleich auszeichnet: Es wurden mehrere Übersetzerinnen organisiert (auch Gehörlosenübersetzerinnen sowie eine Assistenz für einen jungen Mann mit besonderen Bedürfnissen), was die Diversität der Gruppe erst ermöglichte, zugleich die Prozesse verlangsamte. Die besondere Herausforderung lag darin, die Geschwindigkeit der Diskussionen und der Wissensvermittlung so zu gestalten, dass niemand überfordert, aber auch niemand unterfordert wurde.

Dennoch war die Frage der „Beeinflussung“ zumindest in den (Sozialen) Medien von Anfang an ein Thema, vorzugsweise von jenen, die nicht vor Ort dabei waren. Gerade deshalb legte man besonderes Gewicht darauf, niemanden zu manipulieren, sondern bloß zu informieren. Die Expertinnen und Experten bemühten sich redlich darum und zeigten wissenschaftliche Objektivität. Dennoch wäre es gut gewesen, ein oder zwei Gegnerinnen und Gegner einer Erbschaftssteuer einzuladen. Es ist nach allen Beobachtungen eher auszuschließen, dass sich die Entscheidungen der Ratsmitglieder dadurch wesentlich verändert hätten, doch hätte das Bild nach außen anders gewirkt.

Um die Wissensvermittlung an die Ratsmitglieder sinnvoll zu gestalten, wurden die Vortragenden zu Testvorträgen eingeladen und bekamen Empfehlungen, wie sie die Inhalte einfacher gestalten könnten. Einige Expertinnen und Experten meinten, das sei nicht nur ein herausfordernder, sondern auch lehrreicher Prozess gewesen, weil man selbst oft nicht merke, wann man Fachausdrücke verwende oder zu viel an Vorwissen voraussetze.

Eine ähnliche Situation ergab sich für das Moderationsteam bei den Abstimmungen. Meist wurde mit dem Konsent („kein schwerwiegender und begründeter Einwand“, siehe <https://soziokratiezentrum.org/ueber-soziokratie/grundlagen-der-soziokratie-4-basisprinzipien/konsent/>) gearbeitet, bei manchen Abstimmungen griff man auf andere Abstimmungsarten zurück – manchmal, um eine festgefahrene Diskussion wieder anzuregen. Am letzten Tag war man in Eile, alles fertigzustellen, der Druck auf allen Seiten war enorm. Da passierte es, dass die Abstimmung nicht nochmals erklärt wurde, sodass einige Ratsmitglieder verwundert und enttäuscht waren. Letztlich war das Problem allerdings weniger der Abstimmungsmodus, sondern dass man sich so auf die Fertigstellung der korrekten Geldverteilung konzentriert hatte, dass für die Abstimmung der Botschaften mit Hören jeder einzelnen Stimme nicht ausreichend Zeit blieb. Einige Personen enthielten sich deshalb

der Stimme. Dass die Abstimmungsergebnisse über die Botschaften und insbesondere die Geldverteilung bei einem nahezu „kommunistisch“ hohen Prozentsatz lagen, wurde dann nicht so bejubelt, wie es gebührt hätte.

An anderer Stelle hätte man wiederum weniger flexibel sein können: So wollte man einigen Medien die Möglichkeit zur Anwesenheit geben, anderen gewährte man Interviews, weitere informierte man lediglich, um die Ratsmitglieder nicht zu überfordern. Eventuell unterschätzte man dabei ein wenig die Dynamik zwischen Medien und Ratsmitgliedern: Plötzlich saßen Journalistinnen und Journalisten mitten in einer Diskussionsgruppe. Als dies unterbunden wurde, kam der Vorwurf der Einschränkung der Pressefreiheit. Hätte man hier von Anfang an so agiert, wie es andere Bürgerräte tun, nämlich ein Medienverbot während der Kleingruppen festzulegen, hätte man sich manchen Medienärger erspart.

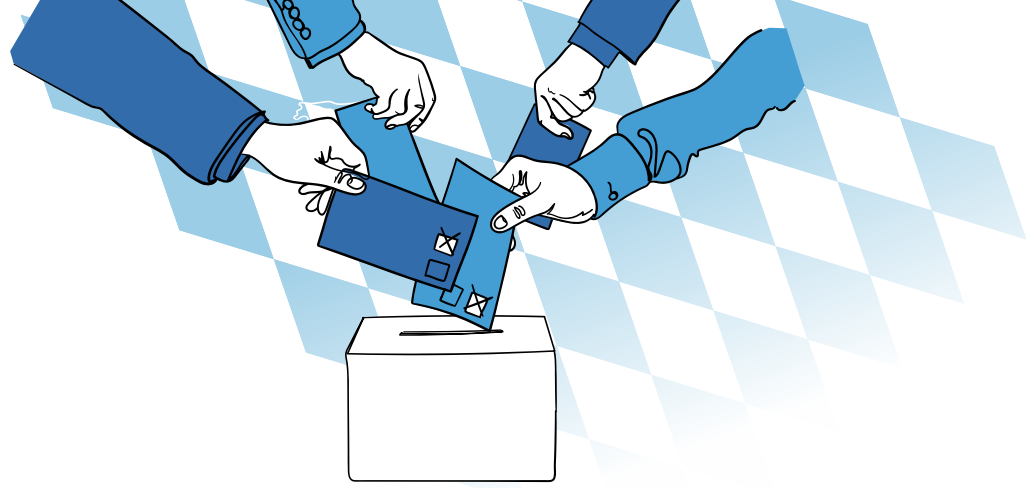
### Nachgedanken

Und die Legitimation? Warum sollte es illegitim sein, ein partizipatives Verfahren außerhalb eines parlamentarischen Auftrages durchzuführen? Beim Guten Rat wurden Angebote an die Gesellschaft gemacht. Vielleicht gerät das Thema der Erbschaftssteuern oder der Rückverteilung bald wieder in Vergessenheit. Oder das Gegenteil ist der Fall. Das wird sich zeigen.

Es mangelt an Fantasie, wenn man glaubt, dass Demokratie nur im Parlament stattfindet. Demokratie zieht sich entweder durch die Gesellschaft und deren gesamtes Agieren, oder sie existiert nicht. Ein Bürgerrat steht für Demokratie. Demokratie findet nicht nur im Verhältnis zum Staat statt, sondern ist nicht zuletzt eine Lebenseinstellung und ein Konzept des Miteinander-Lebens. Teilhabe unterstützt den sozialen Frieden. Beim Guten Rat wurde gezeigt, dass Demokratie spannend, achtsam, freundlich, und dass miteinander zu streiten fruchtbar und gewaltfrei sein kann. Fragt man die Ratsmitglieder, fällt die Antwort eindeutig aus: Sie haben profitiert, im demokratischen Sinne ebenso wie im menschlichen. Auch deshalb stellt jeder Bürgerrat auch ein Projekt der Politischen Bildung dar. /



**Daniela Ingruber**  
ist Demokratie- und Kriegsforscherin.  
Sie hat den Guten Rat für Rückverteilung evaluiert.



# Vorreiter Bayern - aber wie lange noch?

Wird die direkte Demokratie weiterentwickelt oder eingeschränkt? - ein Zwischenbericht von Susanne Socher und Jan Renner

**E**rst Schleswig-Holstein, dann Hessen und nun vielleicht auch Bayern: Deutschlandweit drohen der direkten Demokratie Einschränkungen. Dabei ähneln sich die Argumentationen über die Landesgrenzen hinweg. Die direkte Demokratie würde zunehmend die Klimawende vor Ort ausbremsen, erzeuge zu viel Bürokratie und verhindere die Umsetzung von Infrastrukturprojekten.

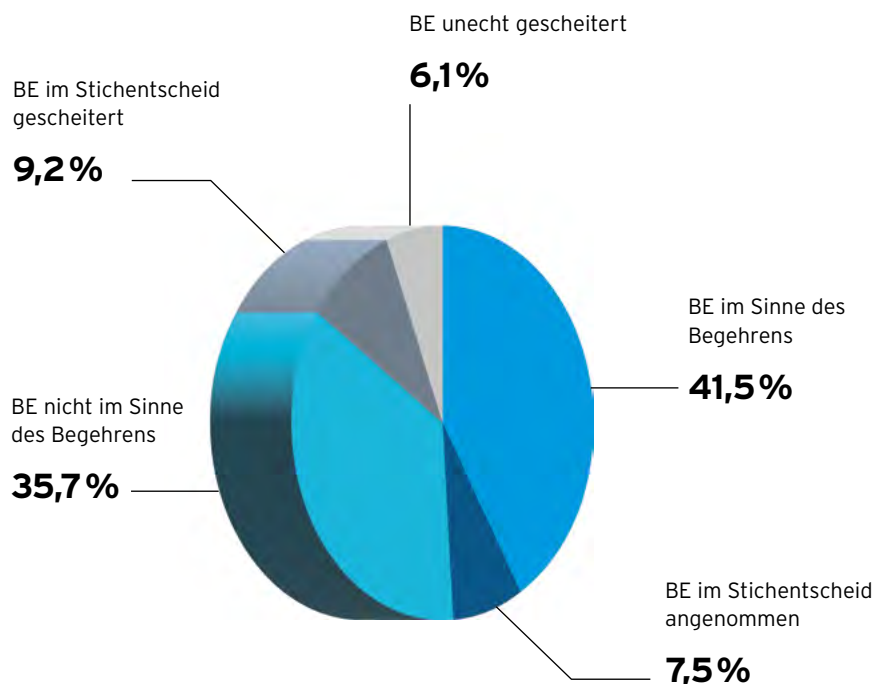
Für Bayern hat Ministerpräsident Markus Söder in einer Regierungserklärung Mitte Juni angekündigt, einen „Runden Tisch“ einzuberufen. Unter der Leitung des ehemaligen Ministerpräsidenten Günther Beckstein soll der Runde Tisch bis Ende des Jahres Empfehlungen zur Weiterentwicklung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in Bayern erarbeiten. Als einer von wenigen Vertretern der Zivilgesellschaft nimmt Mehr Demokratie kritisch-konstruktiv an den monatlichen Gesprächen in der Bayerischen Staatskanzlei teil. Klar ist jetzt schon: Es wird Änderungen geben. Wie diese ausfallen, ob gar die Bürgerbeteiligung gestärkt oder die Regelungen für Bürgerbegehren eingeschränkt werden, ist noch offen.

Seitdem die Menschen in Bayern 1995 per Volksentscheid die direkte Demokratie auf kommunaler Ebene eingeführt haben, sind Bürgerbegehren und Bürgerentscheide im Freistaat ein Erfolgsmodell. Nirgendwo in Deutschland bringen sich die Leute so regelmäßig ein wie in Bayern. Durchschnittlich 130 direktdemokratische Verfahren werden

hier pro Jahr gestartet. Das sind 40 Prozent aller Verfahren in Deutschland. Dafür verantwortlich sind die bürgerfreundlichen Regelungen. So ist beispielsweise der Negativkatalog eher kurz, und die Quoren für die Unterschriftensammlung sind moderat.

Nach fast dreißig Jahren Praxis und circa 3.600 Verfahren lohnt es

## Ergebnisse der Bürgerentscheide aufgrund von Bürgerbegehren



sich zu fragen, wo es trotz der guten Regelungen eigentlich hakt. Es gibt immer etwas zu verbessern, wenn es um mehr Mitsprache für die Bürgerinnen und Bürger geht. Grundsätzlich ist der Impuls der Bayerischen Staatsregierung, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide weiterzuentwickeln, daher begrüßenswert.

Nur darf eine „Weiterentwicklung“ eben keinen Rückschritt bedeuten! Für uns ist klar: Wir brauchen einen Ausbau der Demokratie, indem wir mehr Dialogmöglichkeiten schaffen. Gerade auch bei großen Entscheidungen zu wichtigen Zukunftsfragen vor Ort müssen diejenigen, die direkt davon betroffen sind, mitdiskutieren und mitbestimmen können. Losbasierte Bürgerräte können hier eine sinnvolle Ergänzung für die Demokratie in den Kommunen darstellen. Das Bayerische Staatsministerium für Finanzen und Heimat hat das Potenzial bereits erkannt und fördert einen Bürgerrat in Bayreuth zum Thema Hitzeschutz. Start ist der 24. September 2024.

Wie wir in unserem neuen Bürgerbegehrensbericht darlegen, bereichern Bürgerbegehren und Bürgerentscheide die Demokratie vor Ort. Sie helfen Bürgerinnen und Bürgern abzuwägen, ob sie die Argumente der Bürgerinitiative oder des Gemeinderats überzeugender finden. Nur weil ein Bürgerbegehren zur Abstimmung steht, heißt das jedoch nicht, dass die Initiative damit automatisch Erfolg hat. In 49 Prozent der Abstimmungen entscheiden die Bürgerinnen und Bürger pro Bürgerbegehren, in 45 Prozent stimmen sie dagegen. Ob Erfolg oder nicht: Bürgerbegehren tragen zur Meinungsbildung bei und bringen alternative Perspektiven in die kommunalpolitischen Debatten. Keineswegs verwenden die Leute diese Instrumente zur reinen Blockade. Gerade im Bereich Klima haben die Menschen mithilfe der direkten Demokratie den Klimaschutz in zwei Drittel aller klimarelevanten Verfahren innerhalb der

**Abstimmungsbeteiligung nach Gemeindegröße**

Gemeindegröße (Einwohnerzahl)	Anzahl Abstimmungen	Durchschnittliche Abstimmungsbeteiligung in Prozent
bis 5.000	933	60,5
5.001-10.000	497	51,5
10.001-20.000	328	44,2
20.001-50.000	242	41,0
50.001-100.000	64	33,8
100.001-200.000	75	35,8
200.001-500.000	7	28,2
Mehr als 500.000	13	26,0
<b>Gesamt</b>	<b>2.159</b>	<b>51,8</b>

Anmerkung: Von 2.159 der insgesamt 2.246 Abstimmungen lagen Daten zur Stimmbeteiligung vor.

letzten zehn Jahre eher versucht anzuschieben als auszubremsten.

Am liebsten bringen sich die Menschen in Bayern bei den Themen Wirtschaft (27,2 Prozent), Verkehr (19,2 Prozent) und Öffentliche Sozial- und Bildungseinrichtungen (15,4 Prozent) ein. Dabei handelt es sich oftmals um große teure Projekte mit folgenschweren Auswirkungen für die eigene Kommune. Kein Wunder also, dass die Leute gerade bei diesen Themen mitbestimmen wollen. Außerdem beobachten wir, dass die direkte Demokratie besonders dort angewandt wird, wo demokratisches Handeln am besten sichtbar ist: Zwei Drittel aller Bürgerentscheide finden in bayerischen Kommunen mit weniger als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern statt. Die Abstimmungsbeteiligung ist in diesen Kommunen zusätzlich am höchsten.

In Schleswig-Holstein konnte Mehr Demokratie im Verbund mit 50 weiteren Organisationen die stärksten Einschränkungen durch eine Volksinitiative verhindern. Der Druck von über 27.000 Unterschriften führte zu einem Kompromiss mit dem Landtag. In Hessen steht Mehr Demokratie ein langes Ringen um Bürgerbegehren und Bürgerentscheide bevor. Und in Bayern? Gründe für mögliche Einschränkungen der direkten Demokratie geben unsere Daten nicht her. Vielmehr braucht es zusätzliche Dia-

logformate, um von vornherein so viele Perspektiven wie möglich einzubinden. Sollte der Vorreiter in Sachen direkter Demokratie Bürgerbegehren und Bürgerentscheide dennoch einschränken, ist mit Widerstand aus der Zivilbevölkerung zu rechnen. Mehr Demokratie wird mit konstruktiven Vorschlägen zur Verbesserung der direkten Demokratie beitragen.

Wir setzen uns ein für ein Beteiligungsgesetz und die Errichtung einer Stabsstelle zur Unterstützung der Kommunen vor Ort, aber auch für eine Auskunftspflicht bei Bürgerbegehren, sowie eine frühzeitige Zulässigkeitsprüfung, um Planungssicherheit für alle Beteiligten zu haben. /



**Susanne Socher**  
leitet den Bereich „Beratung und kommunale Demokratie“ bei Mehr Demokratie.



**Jan Renner**  
Landesgeschäftsführer Mehr Demokratie Bayern.

## Kontakt

**Landesbüro Baden-Württemberg**  
 Rotebühlstr. 86/1, 70178 Stuttgart  
 Tel. 0711-509 10 10, Fax 0711-509 10 11  
 info@mitentscheiden.de

**Landesbüro Bayern**  
 Schwanthalerstr. 120, 80339 München  
 Tel. 089-462 242 05  
 bayernbuero@mehr-demokratie.de

**Landesbüro Berlin/Brandenburg**  
 Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin  
 Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80  
 berlin@mehr-demokratie.de

**Landesbüro Bremen/Niedersachsen**  
 Bernhardstr. 7, 28203 Bremen  
 Tel. 0421-79 46 370, Fax 0421-79 46 371  
 bremen@mehr-demokratie.de

**Landesbüro Hamburg**  
 Mittelweg 12, 20148 Hamburg  
 Tel. 040-317 691 00, Fax 040-317 691 028  
 hamburg@mehr-demokratie.de

**Ansprechpartner Hessen**  
 Matthias Klarebach, Tel. 0163-925-2225  
 Henrik Lenzgen  
 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
 Tel. 0221-669665-18  
 vorstand@mehr-demokratie-hessen.de

**Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern**  
 Hermannstr. 36, 18055 Rostock  
 mecklenburg-vorpommern@mehr-demokratie.de

**Landesbüro Nordrhein-Westfalen**  
 Gürzenichstraße 21 a-c, 50667 Köln  
 Tel. 0221-669 665 11, Fax 0221-669 665 99  
 nrw@mehr-demokratie.de

**Ansprechpartner Rheinland-Pfalz**  
 Jens Mindermann  
 Tel. 0221-66 96 65 10  
 jens.mindermann@mehr-demokratie.de

**Ansprechpartner Saarland**  
 Thomas Gretscher  
 Tel. 0681-416 36 41  
 thomas.gretscher@mehr-demokratie.de

**Ansprechpartner Sachsen-Anhalt**  
 Christian König  
 Tel. 0151-22 0172 76  
 christian.koenig@mehr-demokratie.de

**Ansprechpartner Sachsen**  
 Christian König  
 Tel. 0151-22 0172 76  
 sachsen@mehr-demokratie.de

**Landesbüro Schleswig-Holstein**  
 Sophie-Dethleff-Str. 4, 25746 Heide  
 Telefon: 0431 55602999  
 sh@mehr-demokratie.de

**Landesbüro Thüringen**  
 Trommsdorffstr. 5, 99084 Erfurt  
 Christian König  
 Tel. 0151-22 0172 76  
 thueringen@mehr-demokratie.de

## Arbeitsbereiche

**Geschäftsführung und Kuratorium**  
 Roman Huber, Büro Tempelhof  
 roman.huber@mehr-demokratie.de  
 Alexander Trennheuser, Büro NRW  
 alexander.trennheuser@mehr-demokratie.de

**Service für Mitglieder und Förderer**  
 Ulrike Moser, Büro Tempelhof  
 mitgliederservice@mehr-demokratie.de

**Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**  
 Aline Koeppen (Leitung)  
 Marcus Meier (Pressesprecher)  
 Anselm Renn (Pressesprecher)  
 Thorsten Sterk (Pressesprecher Bürgerräte)  
 presse@mehr-demokratie.de

**Internet**  
 Aline Koeppen  
 aline.koeppen@mehr-demokratie.de  
 Stefan Padberg (Technik)  
 webmaster@mehr-demokratie.de

**Vorträge und Repräsentation**  
 Ralf-Uwe Beck, erreichbar über Büro Berlin  
 Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin

**Finanzierung und Stiftung**  
 Katrin Tober, Büro Bremen  
 katrin.tober@mehr-demokratie.de

**Wissenschaft und Dokumentation**  
 Frank Rehmet  
 frank.rehmet@mehr-demokratie.de

**Lobbyarbeit**  
 Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin  
 claudine.nierth@mehr-demokratie.de  
 Oliver Wiedmann, Büro Berlin  
 oliver.wiedmann@mehr-demokratie.de

**Democracy International**  
 Daniel Schily, Büro NRW  
 daniel.schily@mehr-demokratie.de

**Arbeitskreis Aufbauende Demokratie**  
 Harris Tiddens  
 harris.tiddens@mehr-demokratie.de

**Arbeitskreis Europa und Welt**  
 Stefan Padberg  
 stefan.padberg@mehr-demokratie.de

**Arbeitskreis Bürgerbegehren**  
 Susanne Socher, Büro Tempelhof  
 beratung@mehr-demokratie.de

**Arbeitskreis Wahlrecht**  
 Paul Tiefenbach, Büro Bremen  
 paul.tiefenbach@mehr-demokratie.de

**Arbeitskreis Bürgerbeteiligung**  
 Fabian Reidinger, erreichbar über Büro Ba-Wü  
 fabian.reidinger@mehr-demokratie.de

**Netzwerk Bürgerräte**  
 www.buergerrat.de/wissen/netzwerk-buerger-  
 raete/

**Beratung von Bürgerbegehren**  
 Bei den Landesbüros oder zentral:  
 beratung@mehr-demokratie.de

**Beratung zu Bürgerräten**  
 Thorsten Sterk  
 thorsten.sterk@buergerrat.de

## Bundesbüros

**Bundesbüro Tempelhof**  
 Tempelhof 3, 74594 Kreßberg  
 Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-923 90 55  
 mitgliederservice@mehr-demokratie.de

**Bundesbüro Berlin**  
 Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin  
 Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80  
 berlin@mehr-demokratie.de

## Impressum

**Herausgeber (V.i.s.d.P.)**  
 Mehr Demokratie e.V.  
 Tempelhof 3, 74594 Kreßberg  
 Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-923 90 55  
 info@mehr-demokratie.de

**Redaktion**  
 Dieter Halbach, 0176-26 95 45 59  
 zeitschrift@mehr-demokratie.de

**Abonnement**  
 18 Euro für vier Ausgaben jährlich.  
 Für Mitglieder und Förderer von Mehr  
 Demokratie e.V. ist der Abopreis durch den  
 Mitgliedsbeitrag abgegolten.

**Anzeigen**  
 Preisliste Nr. 4 vom 11.04.2012

**Druck**  
 Druckerei & Verlag Steinmeier GmbH & Co. KG  
 100% Umlwappapier

**Konto**  
 Mehr Demokratie, SozialBank AG  
 IBAN: DE63 3702 0500 0008 8581 05  
 BIC: BFSWDE33XXX


**Kleingedrucktes**  
 Nachdruck frei, Quellenangabe und Beleg-  
 exemplar erbeten. Namentlich gekenn-  
 zeichnete Artikel geben nicht unbedingt die  
 Meinung der Redaktion oder des Vereins wie-  
 der. Für unaufgefordert eingesandte Artikel  
 kann keine Haftung übernommen werden.  
 Die Redaktion behält sich die Kürzung/Nicht-  
 Veröffentlichung von Leserbriefen vor.

**Redaktionsschluss**  
 Für Heft 04.2024: 01.11.2024

**Bildnachweis**  
 Soweit nicht anders angegeben, stammen  
 die Bilder dieser Ausgabe aus unserer  
 Datenbank.

**Gestaltung**  
 Liane Haug

**Korrektorat**  
 Anja Schuller



Seit 35 Jahren bringt Mehr Demokratie die direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung voran und kümmert sich um Transparenz und ein faires Wahlrecht.

Das Gespräch ist das Herz der Demokratie. Wir reden mit Menschen auf der Straße, in Initiativen und in der Politik.

Unsere Überzeugung ist, dass Menschen fähig sind, frei, selbstbestimmt und in Respekt miteinander zu leben und gemeinwohlorientiert mitzubestimmen. Mit mehr Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie kann es gelingen, die gegenwärtigen Herausforderungen zu meistern und die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Bei uns können Sie mitmachen!

Folgen Sie uns auf den Social Media-Kanälen. Dort posten wir regelmäßig Hinweise auf Veranstaltungen, spannende Verfahren in den Bundesländern und Kommunen und vieles mehr.

 [facebook.com/mehrdemokratie](https://facebook.com/mehrdemokratie)  
 [twitter.com/Volksentscheid](https://twitter.com/Volksentscheid)  
 [instagram.com/mehr\\_demokratie](https://instagram.com/mehr_demokratie)

[info@mehr-demokratie.de](mailto:info@mehr-demokratie.de)  
Tel. 030-42 08 23 70  
[www.mehr-demokratie.de](http://www.mehr-demokratie.de)



**MEHR  
DEMOKRATIE**

Spendenkonto: DE04 3702 0500 0008 8581 00 | BIC BFSWDE33XXX